

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 49

Von 02.Dezember bis

08.Dezember 2024

Umbau des Sportcenters liegt auf Eis

Sanierung des Landessportzentrums mit Bau eines 50-Meter-Beckens scheitert vorerst an unterschiedlichen Wünschen und an der Finanzierung.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Viele Köche verderben den Brei. So dürfte es beim geplanten Umbau des Landesportcenters in Innsbruck wohl ebenfalls der Fall sein. Eigentlich soll es zeitnah adaptiert werden, gleichzeitig ein 50-Meter-Sportbecken errichtet, die Turnhalle und die Krafträume vergrößert sowie das Landessportheim neu gebaut werden. Das Sportministerium in Wien hat großes Interesse an einer zeitgemäßen Sanierung, dort befindet sich auch das Olympiazentrum.

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde bereits über die Finanzierung zwischen Bund und Land verhandelt. Im Raum stehen rund 80 Millionen Euro an Kosten. Allerdings hat man sich hinter den Kulissen darauf geeinigt, dass zur Ermittlung der genauen Kosten zuerst ausgeschrieben wird. Dann wissen alle Beteiligten, was sie zu zahlen haben und es gibt keine nachträglichen Überraschungen.

Doch es ist Sand im Getriebe. Zum einen, weil es vom Schwimmverband den Wunsch nach einem wett-kampftauglichen Becken mit zehn Bahnen gibt. Hier legt sich jedoch der Bund quer, zumal stets von einer Trainingsinfrastruktur die Rede war. Zehn Bahnen würden außerdem die gesamte Statik des Gebäudes verändern und zig Millionen Euro an Mehrkosten verursachen.

Angespannte Budgetlage

Die angespannte Budgetlage im Land bremst das Vorhaben ebenfalls. Die Landesregierung muss sparen, an allen Ecken und Enden fehlt das Geld. Mit der Sanierung des Olympiaeiskanals in Innsbruck-Igls muss sich das Land bereits nach der Decke

strecken, um die Finanzierung der Mehrkosten von 3,4 Mio. Euro gibt es bereits heftige Diskussionen mit der Stadt Innsbruck und dem Bund. Im Budget für das kommende Jahr wurde für das Landessportzentrum jedenfalls kein Geld vorgesehen.

Das kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. „Heuer hat die schwarz-rote Landesregierung 500.000 Euro für die Planung ausgegeben, aber offenbar konnte man sich auf keinen Baubeschluss einigen.“ Dabei sei die Sanierung des Landesportcenters dringend notwendig. „Die Vorgangsweise ist dilettantisch, zuerst Steuergeld für Planungen auszugeben und dann nichts davon umzusetzen.“

16 Mio. Euro Sportförderung

In der gestrigen Regierungssitzung hat das Land rund 400.000 Euro an Förderungen für den Tiroler Sport beschlossen. Damit fließen heuer 16,2 Millionen Euro in den Tiroler Sport. „Mit unseren Förderungen investieren wir nachhaltig in den Ausbau des Sportland Tirols“, betont Sportreferent und Landeshauptmannstellvertreter Gerog Dornauer (SPÖ).



Das Landessportzentrum soll eigentlich zeitnah saniert werden. Foto: Liebl

Vergleich als Basis für Anpassungen

Gesundheitslandesrätin **Cornelia Hagele** (VP) ist um Glättung der Wogen bemüht. Die Anpassungen basierten auf einem Vergleich der Gehälter einzelner Berufsgruppen in verschiedenen (Bundes-)Ländern. Man habe den Lohn dort angepasst, wo er unter dem Österreichschnitt bzw. niedriger als im süddeutschen Raum oder in Südtirol war. Der Gehalt für PflegeassistentInnen lie-

ge im österreichweiten Vergleich bereits auf „gehobenem Niveau“, weswegen es hier keine Änderungen gab.

Kritiker bemängeln die fehlende Vergleichbarkeit der Gehälter, weil Lebenshaltungskosten in Tirol viel höher sind als andernorts.

Immerhin profitieren alle Berufsgruppen, auch PflegeassistentInnen und Fachkräfte mit altem Vertrag, vom Plus bei der Wochen-

endzulage (plus 23 Prozent, nun 65 Euro) und der Sonn- und Feiertagszulage (plus elf Prozent, nun 5,50 Euro pro Stunde), sagt Hagele. Offen bleibt, wie viele diese Dienste auch verrichten (können) – Stichwort Care-Arbeit.

Nachverhandeln will Hagele nicht. „Die Gehaltsverhandlungen wurden abgeschlossen“, sagt sie. Wohlgermerkt mit dem Sanktus der Gewerkschaft.

Im November-Landtag beantragte die **Liste Fritz**, allen Pflegekräften im alten Vertrag noch einmal die Option für den Umstieg ins neue System zu gewähren. Etwa die Hälfte der Tiroler Pflegekräfte dürfte betroffen sein, meint Abgeordnete **Andrea Haselwanter-Schneider**. Die **Grünen** sehen das gleich und wollen zudem die Medizinisch-Technischen Dienste bedacht wissen. (*jazz*)

Deponiepläne als großer Zankapfel

Braucht der Bezirk wirklich neue Bauschuttdeponien? Diese Frage wird derzeit intensiv diskutiert.

VON GÜNTHER REICHEL

AUSSERFERN. Kürzlich endete die Frist zur Abgabe von Stellungnahmen der Parteien zur Deponie am Katzenberg. Den Reuttener Gemeinderat informierte Bürgermeister Günter Salchner kurz davor über Gespräche mit Landesrat René Zumtobel in der Angelegenheit. Dabei habe Reutte festgehalten, dass man die Deponie nicht will.

„Vermutlich ist die Anlage aber genehmigungsfähig“, hielt Salchner gegenüber den Gemeinderäten fest. Viele der vorliegenden Gutachten seien positiv, die Chancen, die Deponie noch zu verhindern, stuft Salchner als eher gering ein.

Wichtiger Sicherheitsfaktor

Dass der Reuttener Bürgermeister mit seiner Einschätzung nicht ganz falsch liegen dürfte, geht aus einer Aussendung des Landes in der Angelegenheit hervor. Darin wird u.a. festgehalten, dass Deponien einen wesentlichen Sicherheitsfaktor darstellen, nämlich nach Hochwässern und Murenabgängen, wenn man rasch Deponevolumen braucht.

Überzeugen kann man mit solchen Argumenten in jenen Gemeinden, wo Deponien gegen den Willen der Kommunen und Anrainer geplant sind, aber wohl kaum jemanden. Reutte drängt jedenfalls darauf, dass die Neugenehmigung von Aushubdeponien künftig der Raumordnung unterzuordnen ist, dann könnten die Gemeinden steuernd eingreifen.

Liste Fritz verlangt Neuregelung

In dieselbe Richtung gehen Vor-

stöße der Liste Fritz. Klubobmann Markus Sint verlangte bei einem Pressegespräch Sonderwidmungen und Bedarfsprüfungen: „Eine Sonderflächenwidmung für Deponien bringt bessere Standorte und endlich volle Entscheidungskompetenz für die Gemeinde, denn Widmungen beschließt der Gemeinderat. Für jede Garage braucht es eine Widmung, aber nicht für eine Deponie, das ist absurd!“ Außerdem fordert er für die Zukunft Bedarfsprüfungen: „Anders als bei Golfplätzen oder Steinbrüchen braucht es für Deponien keine Bedarfsprüfung. Falsch und unsinnig, denn es gibt genug freie Kapazität für die nächsten 10 Jahre!“

Blockadehaltung der Regierung

Dass diese Punkte nicht längst umgesetzt sind, führt er auf eine nicht nachvollziehbare „Blockadehaltung der Regierungsparteien“ zurück.



Liste Fritz Klubobmann Markus Sint verlangt Änderungen.

Liste Fritz

Material wird benötigt

In einer anderen, aus Außerferner Sicht höchst interessanten Frage im Zusammenhang mit Deponeflächen, hat das Land Tirol Informationen preisgegeben. Laut einer Presseaussendung braucht es für das Ausbruchmaterial der beiden neu geplanten Röhren



Bgm. Salchner sprach kürzlich bei LR Zumtobel (v.l.) hin sichtlich der Deponiepläne am Katzenberg vor.

Archiv/Reichel

beim Lermooser Tunnel bzw. am Fernpassscheitel keine Deponeflächen, weil dieses vor Ort verbaut wird.

Schüttung & Betonherstellung

Der Ausbruch des Scheiteltunnels soll im Bereich der Haarnadelkurve zur Errichtung der Rampen-

brücken und für den Zulauf zum Südportal des Scheiteltunnels verwendet werden, der Ausbruch beim Lermooser Tunnel, hochwertiges Dolomitgestein, kommt bei der Betonherstellung, Frostkofferaufbereitung und ebenso für Schüttungen beim Fernpassstunnel zum Einsatz.

Dinkhauser: "Brenne noch immer für Politik!"

Was wurde eigentlich aus Fritz Dinkhauser, dem ehemals streitbaren AK-Präsidenten, ÖVP-Abtrünnigen und Gründer der "LISTE FRITZ"? Das hat sich der ROFAN-KURIER auch gefragt und hat den mittlerweile 84-jährigen, geistig voll auf der Höhe befindlichen Polit-Rebellen zu Hause in Innsbruck zum Interview besucht...

TIROL Über Jahrzehnte hat Fritz Dinkhauser Tirols Politik mitgestaltet: Als Präsident der Arbeiter-Kammer in Tirol, mit der er seiner eigenen Partei, der ÖVP, oft ein lästiger Stachel im Pelz war und dann, nach dem endgültigen Bruch mit seiner politischen Heimat als Gründer der LISTE FRITZ, die bei ihrem ersten Antreten 2008 aus dem Stand 18,35% und 7 Mandate erreichte. Dinkhauser ist heute 84 Jahre alt, geistig voll auf der Höhe und lebt mit seiner Frau in Innsbruck. Die beiden haben 6 Kinder und mittlerweile 17 Enkel...

ROKU: "Du hast 2008 eine Bewegung gegründet, die aus dem Stand sehr erfolgreich war. Wie war das im Vorfeld und was war dein Ziel?"

FRITZ: "Ich hatte zu Beginn kein Geld für das Gründen einer Partei – und keine einzige Bank in Tirol wollte uns Geld dafür geben! Die BAWAG in Wien hat uns schließlich geholfen... Wir hatten dann einen tollen Start. Und einige Große in der ÖVP, wie damals Andreas Köll, haben gesagt: 'Holen wir die in die Regierung und bilden wir einen großen bürgerlichen Block!' Aber ich glaube, dass sich der Günther Platter zu sehr vor uns gefürchtet hat. Schließlich habe ich ihn im AAB aufgebaut, als er noch ein ganz kleines Würstl war... Aber, dass uns die ÖVP als zweitstärkste Partei NICHT in die Regierung geholt hat, war für mich keine große Überraschung. Unser Ziel, die überwältigende Vormacht der ÖVP zu brechen, hatten wir ja erreicht. Das nächste Ziel muss jetzt in Tirol eine Regierung ohne die ÖVP sein..."

ROKU: "Was sagst du mit Blick auf die Bundespolitik?"

FRITZ: "Österreich hat eine Demokratie, die keine ist! Beispiel Regierungs-Bildungsauftrag durch Van der Bellen... Sie existiert nur an einem Tag: Am Wahltag. Man muss eine Regierung, die nicht passt, durch das Volk abwählen können! Das Volk muss bei wichtigen Fragen mitentscheiden! Wir brauchen eine Demokratie nach Schweizer Vorbild..."

ROKU: "Was hat dich damals eigentlich so aufgeregt, dass du diesen Schritt, diesen Bruch mit der ÖVP, vollzogen hast?"

FRITZ: "Vor allem meine soziale Bindung zu den Menschen. Ich habe Jahre lang versucht, die ÖVP von innen heraus zu lenken oder zumindest zu ändern. Der Walli (Alt-LH Eduard Wallnöfer) und ich haben früher gestritten, wie die Karner! Über alles mögliche. Aber der hat auch akzeptiert, dass es in einer Partei verschiedene Ansichten gibt und so hat man sich gegenseitig ein wenig beeinflusst. Der und vielleicht noch ein wenig der Herwig van Staa waren die letzten großen ÖVPLer. Danach kam nichts Gescheitertes mehr nach... Es gibt bei uns keinen Wohlstand für die kleinen Leute! Es wird zu viel Politik für wenige Große gemacht. Die Agrargemeinschaften sind ein Beispiel dafür. Schade ist, dass GRÜN und ROT bei dem Thema mit den SCHWARZEN mitgegangen sind. Vor Gründung der LISTE FRITZ habe ich beschlossen, dass ich nicht mehr Teil dieser Macht-Bauern-Partei, dieser Bonzen-Partei sein will."



ROKU: "Die LISTE FRITZ hat dann herbe Rückschläge erfahren: Der Bruch mit Fritz Gurgiser 2009 mit Partei-Spaltung und 2012 der Tod Eures Klubobmannes..."

FRITZ: "Gurgiser wollte unbedingt bei uns mitmachen... und ich habe zugesagt, obwohl mich einige gewarnt haben. Es hat intern dann oft Streit gegeben, er hat viel opponiert. Es war wie es war... Das ging so nicht und es kam zum Bruch. Der Tod unseres Klubobmanns Bernhard Ernst hat mich sehr getroffen. ... Und nach meinem Herzinfarkt habe ich mich dann 2013 selbst aus den Funktionen zurückgezogen und die Notbremse gezogen."

ROKU: "Hast du 2013 geglaubt, dass deine Liste nochmals in den Landtag kommt?"

FRITZ: "Uhh... da stand es auf Messers Schneide! Aber damals hat es sich bewährt, dass wir Markus Sint und Andrea Haselwanter-Schneider die Verantwortung übertragen haben. Wären wir damals nicht knapp in den Landtag gekommen: Wer weiß, ob es die Liste heute noch geben würde..."

ROKU: "Deine Liste war 2008 eine Art Abspaltung der ÖVP. Ist sie heute noch eine echte, bürgerliche Alternative? Oder agiert sie zu weit links im politischen Spektrum?"

FRITZ: "Wir sind absolut eine bürgerliche Alternative zur ÖVP! Wir sind eine soziale und zu 100 Prozent der Gerechtigkeit verpflichtete Bewegung."

ROKU: "Wenn du heute zurückblickst: Was war ein Fehler in deinem politischen Leben?"

FRITZ: "Das Antreten bei der Nationalrats-Wahl. Das kostete sehr viel Geld und Energie... und wir haben mit der Niederlage bei dieser Wahl das Vertrauen vieler Wähler verloren. Ansonsten bin ich mit meinem Leben im Reinen und absolut zufrieden. Ich bin keinem Gegner böse, wenn ich heute zurückblicke."

ROKU: "Das letzte Wahlergebnis der Liste war gut, sie wächst. Ist die LISTE FRITZ eine politische Kraft, die in der Zukunft eine Regierungs-Beteiligung mit der ÖVP anstreben sollte?"

FRITZ: "Nein. Absolut nicht! Die ÖVP Tirol hat von Absoluter Mehrheit auf 34% abgebaut, sie muss sich regenerieren. Dringend! Die ÖVP ist am Ende... Das Regenerieren gelänge ihr nur in der Opposition, weg von den Hebeln der Macht! Es braucht hier einen Neustart. Aber der rückt immer näher. Es könnte in Tirol in absehbarer Zeit eine Regierung ohne ÖVP geben..."

ROKU: "Danke für das Gespräch!"

Was wird aus der Bauruine?

Seit Jahren steht die einstige Talstation der Hungerburgbahn leer. Was mit ihr passiert, steht in den Sternen.

Die ehemalige Talstation der Hungerburgbahn, die bis Februar 2022 als Heimat der „Jungen Talstation“ diente, steht derzeit im Mittelpunkt einer politischen Diskussion. Mit der gemeinsamen Forderung „Versprechen halten und Kulturraum sichern“, rufen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von Das Neue Innsbruck, Alternative Liste und Liste Fritz die Stadtregierung auf, ihr Versprechen einzuhalten.

Kulturzentrum retten

Seit Februar 2022 ist die Junge Talstation quasi obdachlos – der einst pulsierende Treff-

punkt der Kulturszene an der Talstation der Hungerburgbahn liegt brach. Der Verein, der heuer sein zehnjähriges Jubiläum feiert, hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Kulturzentrum zu retten. Mit unterschiedlichen Aktionen haben sie auf ihre missliche Lage aufmerksam gemacht und sich Gehör bei der Politik verschafft. Unter anderem mit einer Unterschriftenaktion und einem Imagefilm.

Druck auf Stadtregierung

Die ehemalige Talstation der Hungerburgbahn, die bis Februar 2022 die Heimat der Jungen Talstation war, ist im Besitz der IVB und der Nordkettenbahn. Während Bürgermeister Johannes Anzengruber dazu tendiert, Ausschau nach neuen Räumlichkeiten für die Kulturinitiative zu halten, fordern Das

Neue Innsbruck, die Alternative Liste und die Liste Fritz in gemeinsamer Sache die Stadtregierung dazu auf, ihr Versprechen einzuhalten. Immerhin hatten sich Grüne, JA und SPÖ in ihrem Regierungsprogramm „Zukunftsvertrag 2024-2030“ für Ankauf und Sanierung der früheren Talstation der Hungerburgbahn in Innsbruck ausgesprochen. Dort heißt es: „Wir wollen die ehemalige Talstation der Hungerburgbahn für die ‚Junge Talstation‘ ankaufen und sanieren und die Trassenführung der alten Bahn so entwickeln, dass sie einen Mehrwert für die Bevölkerung darstellt“. Rund eine Million Euro wurden 2023 für Sanierung und Ankauf des Gebäudes veranschlagt. „Die Stadtregierung steht in der Verantwortung, keine weiteren Ausreden zu suchen, sondern endlich zu



„Versprechen halten, Kulturraum sichern!“, heißt es in einer gemeinsamen Forderung von Das Neue Innsbruck, Alternative Liste und Liste Fritz Foto: L. Winkler

handeln und ihre Versprechen zu halten!“, fordern die Gemeinderäte Birgit Winkel (Das Neue Innsbruck.), Tom Mayer (Liste Fritz) und Mesut Onay (Alternative Liste).

Entscheidung soll her

Die Junge Talstation steht der-

zeit sozusagen auf der Straße. Der Verein um Thomas Krug (Geschäftsführer des Vereins Junge Talstation) hofft nun auf eine baldige Lösung und auf eine zeitnahe politische Entscheidung, wie es mit der dringend nötigen Sanierung des Gebäudes weitergeht. (mo)

Gegen Deponie-Wildwuchs, gegen den Scheiteltunnel, gegen die Maut

Liste Fritz hadert mit Vorgehensweise der Landesregierung und stellt Lösungsvorschläge vor

So gar nicht mit dem Vorgehen der schwarz-roten Tiroler Landesregierung ist die Liste Fritz einverstanden. Im Besonderen, wenn es um den Wildwuchs und das Fernpass-Paket und die Maut geht. Zu den beiden „heißten Außerferner Themen“ legte die Liste Fritz vor Kurzem ihre Lösungsansätze vor.



Kein Deponie-Wildwuchs, kein Fernpass-Scheiteltunnel, keine Maut – Hans Dreier – Mitglied der Bürgerinitiative Gurgltal Außerfern Mieminger Plateau, Liste Fritz Klubobmann Markus Sint und Liste Fritz Bezirksobmann Josef Lutz (v.l.) erklärten ihre Forderungen und Lösungsansätze. RS-Foto: Schrotter

Von Sabine Schrotter

Seit 2018 beschäftigt sich die Liste Fritz mit dem Thema Deponie-Wildwuchs in Tirol. Klubobmann Markus Sint präzierte beim Pressegespräch am Mittwoch, dem 27. November, zwei Lösungsvorschläge. So soll es bei Bodendeponien eine Sonderflächenwidmung geben. Zwar gibt es aktuell eine eingeschränkte Parteistellung für Gemeinden, jedoch haben diese immer noch keine Entscheidungskompetenz. Besteht aber für Deponien eine Sonderflächenwidmung, besitzen Bürgermeister und Gemeinderäte Entscheidungskompetenz, sie sagen, ob sie in ihrer Gemeinde eine Deponie wollen oder nicht. Ein weiterer Vorteil: Deponiebetreiber müssen bei der Gemeinde vorstellig werden. Im gegenseitigen Austausch lässt sich womöglich ein geeigneter Standort finden. Die entsprechende Gesetzesänderung kann im Tiroler Landtag jederzeit beschloss werden. Markus Sint ergänzte: „Mit fehlt hier die Verhältnismäßigkeit. Für jede Garage benötigt man eine Widmung, für eine Deponie nicht.“ Man werde jedenfalls nicht müde, sich weiter für einen Stopp des Deponie-Wildwuchs und für den Schutz der Bevölkerung vor Staub-, Lärm- und Gesundheitsbelastung einzusetzen. Sint fordert zu-

dem, dass es für Deponien zwingend eine Bedarfsprüfung brauche. In Tirol steht für die nächsten zehn Jahre ausreichend frei befähbare Fläche in vorhandenen Deponien zur Verfügung, im Bezirk Reutte reichen die Kapazitäten der ansässigen Deponien gar für 15 Jahre aus. „Es gibt genug Deponien“, ist Sint überzeugt.

Josef Lutz, Bezirkssprecher für die Liste Fritz, sieht weder den Bedarf für eine Bodenaushubdeponie, wie sie eine Baufirma für das Areal Katzenrecht beantragt hat, gegeben noch erachtet er diesen Standort als ideal. „Das Bezirkskrankenhaus und das Pflegeheim Haus Ehrenberg liegen in unmittelbarer Nähe und etliche Anrainer wären direkt von Lärm, Staub und zusätzlichem LKW-Verkehr betroffen.“ Eine negative Stellungnahme des Landesumweltamtes liegt vor, alle weiteren Gutachten fielen positiv aus. „Ich verstehe nicht, wie 3.000 Unterschriften einer Bürgerinitiative einfach ignoriert werden“, übt Lutz Kritik an der Landesregierung, Markus Sint pflichtete dem bei: „Das geht für mich absolut an der Demokratie vorbei, wenn man so mit einer Petition und den Antragstellern und Unterzeichnern verfährt.“

Fazit: Die Liste Fritz behält ihren Kampf gegen den Deponie-Wildwuchs weiter im Fokus, fordert Son-

derflächenwidmung und Bedarfsprüfung mit Nachdruck ein.

ENTSCHEIDEN DAGEGEN. Zu den Themen Fernpass-Paket und Maut erklärte Markus Sint einleitend in knappen Worten: „Wir sind entschieden gegen den Fernpass-Scheiteltunnel und die Maut. Von uns kommt ein klares Ja zur Volksbefragung. Eine Landesregierung, die ein Projekt nicht erklären kann, ist zum Scheitern verurteilt.“ Das Wort ging weiter an Hans Dreier, Mitglied der Bürgerinitiative Gurgltal Außerfern Mieminger Plateau, der überzeugt ist, „dass das 7,5 t Limit nicht halten wird und dann der Weg für eine neue Transitstrecke frei ist“. Hans Dreier legt Zahlen vor: 2022 zählte man 1.375 Lkw in 24 Stunden an normalen Tagen, 3.000 Lkw waren es an Spitzentagen. „Zu befürchten ist, dass sich diese Zahlen bei einem Wegfallen des 7,5 t Limits verdreifachen werden“, führt er aus. Hans Dreiers nüchternes Fazit: Die Landesregierung plant den Ausbau einer Lkw-Transitroute. Auch kann er sich nicht vorstellen, dass die Mautlösung vor dem Europäischen Gerichtshof standhält. „Fallen die Mautersatz-Gutscheine, schauen wir Außerferner durch die Finger. Wird die Maut ausgebaut, sind wir auch die Opfer.“ Die Verlagerung der Dosierung an die Grenze nennt Dreier als einen zentralen Lösungsansatz. „Die Dosierung gehört, entgegen der Meinung der Bürgermeister des Planungsverbandes, an die Grenze nach Vils. Außerdem müssen die sieben Dosierarmeln gut aufeinander abge-

stimmt werden.“ Mit einer Verlagerung der Dosierarmeln an die Grenze könne nach dem Verkehrsproblem entlang der B 179 entschärft. Aufgabe der Landesregierung sei es, die Interessen der Tiroler Bevölkerung und nicht jene der deutschen und italienischen Frächter zu vertreten.

Hans Dreier untermauert, den Bau des Scheiteltunnels und die Einführung einer Maut kategorisch abzulehnen. Alternative, bessere Vorschläge zur Maut lägen vor und sollten überprüft werden.

KAUF EIN STÜCK TIROL!

CHRISTBAUM
VERKAUF

6.-8.12. u. 14.-21.12.

Reutte Pagro Markt

08.12. von 14.30-16 Uhr

Grän bei der Gemeinde

14.12. von 13.30-14.30 Uhr

Breitenwang
beim Max-Kerber-Platz

13.12. von 14.30-15.30 Uhr

Biberwier Feuerwehrhaus

13.12. von 12.30-14 Uhr

Lermoos Feuerwehrhaus

15.12. von 9-15.00 Uhr

Vils Stadtplatz

13.12. von 9-15 Uhr

Ehrwald am Kirchplatz

17.12. von 9-16 Uhr

Ehrwald M-Preis



Familie Bauer-Strillingen
6120 Angerberg
Tel. 05332/56535 - info@blaslihof.at

SCHNAPPSCHUSS



Bei Kälte formt die Natur ihre schönsten Kunstwerke.

Foto: A. Schrotter

Öztaler Wasser schlägt im Landtag Wellen

Dringlichkeitsantrag von den Grünen

(ch) Bei der Landtagssitzung vom 14. November war das Wasser der Gurgler und Venter Ache und die von der TIWAG dazu anvisierten Pläne zur Ableitung ins Kaunertal wieder ein Thema. Ein Dringlichkeitsantrag des Grünen Landtagsklubs wurde dabei behandelt. Für LABg. Jakob Wolf steht der Hochwasserschutz im Ötztal klar im Vordergrund.

Der Dringlichkeitsantrag der Grünen lautete: „Man soll die Volksbefragung respektieren und die politischen Versprechen einhalten: Das Öztaler Wasser darf nicht ins Kraftwerk Kaunertal übergeleitet werden“, so Klubobmann Gebi Mair. Jakob Wolf verwies Gebi Mair daraufhin auf die Aussagen von LH Mattle im Oktober, „wo unser Landeshauptmann die TIWAG klar zurückpfliff und vom Landesenergieversorger die geplanten Wasserleitungen aus dem Ötztal gründlich zu überarbeiten aufforderte“, führte Wolf aus. „Ich stehe der Bevölkerung im Wort, der Hochwasserschutz im Ötztal hat Vorrang vor einer energetischen Nutzung des Wassers“, so der Landeshauptmann damals. „Übrigens in allen Zeitungen in Tirol nachzulesen“, erläuterte Jakob Wolf weiters. So brachte ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf einen Abänderungsantrag ein: „Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, die Hochwassersituation anhand der Ereignisse im Sommer 2023 aktuell untersuchen zu lassen. Diese Untersuchungen sollen Basis sowohl für Hochwasserschutzmaßnahmen im Ötztal als auch für die energetische Nutzung des Öztaler Wassers sein, wobei sich eine allfällige energetische Nutzung dem Hochwasserschutz unterzuordnen hat. Gleichzeitig beauftragt der Tiroler Landtag die Landesregierung, das 15 Jahre alte TIWAG-Projekt zu evaluieren und mit den Stakeholdern im Ötztal allfällige energetische Nutzungsoptionen möglichst einvernehmlich auszuarbeiten.“ Dieser Antrag wurde mit den Stimmen ÖVP, SPÖ, FPÖ und NEOS gegen die Liste Fritz und die Grünen mehrheitlich angenommen.

OPPOSITION. Dies stieß, wenig verwunderlich, der Opposition sauer auf. KO Gebi Mair meint: „Jetzt soll der Tiroler Landtag etwas beschließen, was der Landeshauptmann angeblich im April schon in Auftrag gegeben hat. Die TIWAG hat ja genau das Gegenteil von dem gemacht, was hier im Antrag eingereicht wurde. Die TIWAG wedelt



Im Mittelpunkt der Diskussion: ÖVP Klubobmann Jakob Wolf. Foto: Landtag

natürlich mit der Landesregierung weiterhin, wie sie will.“ Liste Fritz Klubobmann Markus Sint meldet sich ebenfalls zu Wort: „Es ist höchst interessant, der Landtag diskutiert über das größte Kraftwerksprojekt in unserem Land, das mehr als zwei Milliarden Euro kosten soll, und der Landeshauptmann als Eigentümervertreter und sein erster Stellvertreter glänzen durch Abwesenheit. Schließlich geht es darum, ob hier Wasser von der Venter und Gurgler Ache durch einen 47 km langen Tunnel abgeleitet wird oder nicht.“ Jakob Wolf erläutert die Gründe der Abwesenheit: „Unser Landeshauptmann befindet sich in Slowenien, wo er heute die Präsidentschaft von EUSALP (Anmerkung: EU Strategie für den Alpenraum) übernimmt. Der Alpenraum ist mit seiner zentralen Lage im Herzen Europas und über 80 Millionen Einwohnern eine der bedeutendsten Makroregionen Europas. Er zählt zu den weltweit bekanntesten Tourismusgebieten und mit seinen zahlreichen namhaften Unternehmen auch zu den innovativsten Wirtschaftsräumen unseres Kontinents. Die Landesregierung besteht ja nicht nur aus dem Landeshauptmann. Mit LHStv. und Energielandesrat Josef Geisler, Umweltlandesrat René Zumtobel und dem designierten LHStv. Philipp Wohlgenut sind kompetente Regierungsmitglieder anwesend.“